



AMTSBLATT

DES LANDKREISES AICHACH-FRIEDBERG

Datum 03.12.2019	74. Jahrgang	Nr. 12
Herausgeber: Landratsamt Aichach-Friedberg Münchener Str. 9 86551 Aichach und Dienststelle Friedberg	Halbjährlicher Bezugspreis 50,00 Euro Bestellungen über das Landratsamt Kündigungen nur pro Halbjahr möglich Einzelverkauf: Landratsamt - Pforte 2,50 Euro	Kostenloser Bezug über das Internet unter: www.lra-aic-fdb.de

Inhalt	Seite
Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Wasserrecht Niederbringung einer Brunnenbohrung B5 mit einer Bohrtiefe von ca. 110 m, einem Bohrdurchmesser von 1.600 mm oberflächennah und einer Brunnenstube.	2
Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Wasserrecht Zutagefördern von Grundwasser aus dem Brunnen B2 Petersdorf. Die Maßnahme dient der Trinkwasserversorgung der Gemeinde Petersdorf.	3
Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Nachtragshaushaltssatzung 2019	4

Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Wasserrecht

Maßnahme:	Niederbringung einer Brunnenbohrung B5	
Antragsteller:	Zweckverband Adelburggruppe Lantmarstr. 30, 86559 Adelzhausen	
Gemeinde	Gemarkung	Flurstücksnummer
Eurasburg	Eurasburg	6

Bekanntgabe des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 5 Abs. 2 UVPG

Vorhabensträger

Zweckverband Adelburggruppe, Lantmarstr. 30, 86559 Adelzhausen

Vorhaben:

Niederbringung einer Brunnenbohrung B5 mit einer Bohrtiefe von ca. 110 m, einem Bohrdurchmesser von 1.600 mm oberflächennah und einer Brunnenstube. Die Arbeits- und Lagerfläche beträgt 25 x 30 m. Die technische Ausführung erfolgt im Trocken- und Spülverfahren.

I. Feststellung zum Bestehen einer UVP-Pflicht (§ 5 Abs. 1 UVPG)

Für das Vorhaben besteht keine Pflicht zu Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht).

II. Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen einer UVP-Pflicht

Das Landratsamt Aichach-Friedberg hat im Rahmen des Verfahrens gemäß § 7 Abs. 1 UVPG in Verbindung mit Nr. 13.4 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung der UVP-Pflicht durchgeführt. Das Ergebnis dieser überschlägigen Prüfung war, dass die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht, weil das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

1. Umweltauswirkungen durch das Vorhaben

Die ermittelten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die einschlägigen Schutzkriterien sind sehr gering:

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.1 UVPG (besondere Nutzungen)

Aus der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes, in dem das Vorhaben verwirklicht werden soll, durch bestehende Nutzungen bereits so beansprucht wird, dass das zu prüfende Vorhaben im Zusammenspiel mit diesen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.2 UVPG (Qualität der natürlichen Ressource Wasser)

Die zusätzliche Brunnenbohrung B5 zu den bereits bestehenden Brunnen B1 – B4 ist notwendig, um eine Überlastung des Grundwasserleiters im Bereich des bestehenden Brunnens B4 zu verhindern. Letztendlich dient der zusätzliche Brunnen der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung.

Das Vorhaben befindet sich in einem Gebiet, in dem die Umweltqualitätsnormen im Grundwasser für den mengenmäßigen Zustand als „gut“ bewertet werden. Durch die beantragte Brunnenbohrung wird der mengenmäßige Zustand des Grundwasserkörpers nicht beeinflusst.

Eine Beeinflussung des qualitativen Zustandes des Grundwassers kann durch technische Maßnahmen ausgeschlossen werden (Einhaltung technischer Regeln, Einbau eines Sperrohres), so dass eine Vermischung oder Verunreinigung des Grundwassers verhindert wird.

Die für die Bohrung beanspruchte Fläche ist sehr gering (ca. 1.200 m² dauerhaft). Zusätzlich wird eine bestehende Rückegasse als Zuwegung ausgebaut. Eine Bodenversiegelung ist nur im unmittelbaren Bereich der technischen Anlage (ca. 250 m²) erforderlich.

Aus der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes, in dem das Vorhaben verwirklicht werden soll, durch die bestehende Qualität bereits so beansprucht wird, dass das zu prüfende Vorhaben im Zusammenspiel mit dieser erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.3. UVPG (2.3.9 EU Umweltqualitätsnorm für Nitrat und PSM)

Die beantragte Grundwasserentnahme befindet sich in einem Gebiet, in dem die Umweltqualitätsnormen im Grundwasser für den chemischen Zustand als „schlecht“ zu bewerten sind. Die Einstufung beruht auf Überschreitungen der Komponenten Nitrat und Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PSM). Es handelt sich um den Grundwasserkörper „1_G050 Vorlandmolasse Aichach“.

Durch die Brunnenbohrung ist bei Einhaltung der technischen Vorgaben nicht mit einer qualitativen Verschlechterung des Grundwassers zu rechnen. Dünger oder Pflanzenschutzmittel, bzw. andere Schadstoffe werden bei Ausführung der Maßnahme nicht eingesetzt.

Aus der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die Schutzgüter unter Berücksichtigung der EU-Qualitätsnorm für Nitrat und Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PSM) in der Art und im Umfang des darin zugewiesenen Schutzes mehr belastet werden, dass das zu prüfende

Vorhaben im Zusammenspiel mit dieser erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

III. Diese Feststellung ist gemäß § 7 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Sebastian Koch
Regierungsrat

Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Wasserrecht

Maßnahme:	Zutagefördern von Grundwasser aus B2	
Antragsteller:	Gemeinde Petersdorf Aichacher Str. 1, 86574 Petersdorf	
Gemeinde	Gemarkung	Flurstücksnummer
Petersdorf	Alsmoos	464

Bekanntgabe des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 5 Abs. 2 UVPG

Vorhabensträger

Gemeinde Petersdorf, Aichacher Str. 1, 86574 Petersdorf

Vorhaben:

Zutagefördern von Grundwasser aus dem Brunnen B2 Petersdorf.

Die Maßnahme dient der Trinkwasserversorgung der Gemeinde Petersdorf.

Zur Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist nach der Stilllegung des Brunnens Hohenried die Trinkwasserförderung aus einem zusätzlichen Brunnen B2 neben den Brunnen B1 Petersdorf erforderlich. Die Brunnen laufen im Wechselbetrieb bzw. stellen bei Reparatur-, Wartungs- oder Störfällen eine gegenseitige Redundanz dar. Der Brunnen B2 wurde im Jahr 2018 mit einer Tiefe von 88,5 m gebohrt. Für den Brunnen B1 ist eine Entnahmemenge von 140.000 m³/a wasserrechtlich genehmigt. Die Gesamtentnahmemenge aus den Brunnen B1 und B2 wird nicht erhöht.

I. Feststellung zum Bestehen einer UVP-Pflicht (§ 5 Abs. 1 UVPG)

Für das Vorhaben besteht keine Pflicht zu Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht).

II. Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen einer UVP-Pflicht

Das Landratsamt Aichach-Friedberg hat im Rahmen des Verfahrens gemäß § 7 Abs. 1 UVPG in Verbindung mit Nr. 13.3.2 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung der UVP-Pflicht durchgeführt. Das Ergebnis dieser überschlägigen Prüfung war, dass die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht, weil das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

1. Umweltauswirkungen durch das Vorhaben

Die ermittelten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die einschlägigen Schutzkriterien sind sehr gering:

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.1 UVPG (besondere Nutzungen)

Die Grundwasserentnahme aus dem Brunnen B1 und die geplante Entnahme aus dem Brunnen B2 erfolgt aus einem Gebiet, das als Wasserschutzgebiet durch Verordnung des Landratsamtes Aichach-Friedberg vom 19.02.2001 festgesetzt wurde. Das Wasserschutzgebiet dient dem gesetzlich vorgeschriebenen Schutz des bestehenden Brunnens B1 und schützt auch den Brunnen B2, der innerhalb der ausgewiesenen Schutzzone W1 (Fassungsbereich) liegt. Das Wasserschutzgebiet schützt die Trinkwassergewinnung gegen negative Einflüsse auf das Rohwasser.

Deshalb ergeben sich auch aus der allgemeinen Vorprüfung keine Anhaltspunkte, dass die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes, in dem das Vorhaben verwirklicht werden soll, durch bestehende Nutzungen bereits so beansprucht wird, dass das zu prüfende Vorhaben im Zusammenspiel mit diesen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.2 UVPG (Qualität der natürlichen Ressourcen, insb. Wasser, Pflanzen, Biologische Vielfalt)

Die Entnahme von Grundwasser ist notwendig, um die Bevölkerung mit Wasser in Trinkwasserqualität versorgen zu können. Der mengenmäßige Zustand des genutzten Grundwasserkörpers wird nicht beeinflusst. Die Grundwasserentnahme von 140.000 m³/a erfolgt bereits durch den seit Jahren betriebenen Brunnen B1. Durch die geplante Vergleichmäßigung der Entnahmen aus B1 und B2 mit einer Gesamtentnahmemenge von 140.000 m³/a laufen die Brunnen dann alternierend, also abwechselnd und nie gleichzeitig. Somit besteht die Möglichkeit, dass sich der Grundwasserleiter im Umfeld des gerade nicht genutzten Brunnens regenerieren kann, was bei der

alleinigen Entnahme aus B1 bisher nicht möglich war. Vorhandene Oberflächengewässer sind vom genutzten Grundwasserkörper entkoppelt. Der Brunnen B2 ist durch ein Sperrrohr vom oberflächennahen hydrologischen Wasserkreislauf abgesperrt. Die Erschließung und Nutzung des tieferen Grundwasservorkommens hat daher keinen Einfluss auf die Feuchtigkeitsverhältnisse an der Geländeoberfläche sowie die oberflächennahe Biosphäre. Die Entnahme könnte jederzeit durch Aufgabe der Benutzung eingestellt werden. Dann würde sich der ursprüngliche Zustand im Grundwasserleiter wieder einstellen. Es handelt sich daher um einen reversiblen Eingriff in den mengenmäßigen Zustand des Grundwasserkörpers. Aus der allgemeinen Vorprüfung ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes, in dem das Vorhaben verwirklicht werden soll, durch die bestehende Qualität bereits so beansprucht wird, dass das zu prüfende Vorhaben im Zusammenspiel mit dieser erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

- Schutzkriterium gem. Anl. 3 Nr. 2.3. UVPG (2.3.9 EU Umweltqualitätsnorm für Nitrat und PSM)

Die beantragte Grundwasserentnahme befindet sich in einem Gebiet, in dem die Umweltqualitätsnormen im Grundwasser für den chemischen Zustand als „schlecht“ zu bewerten sind. Die Einstufung beruht auf Überschreitungen der Komponenten Nitrat und Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PSM). Es handelt sich um den Grundwasserkörper „1_G050 Vorlandmolasse Aichach“.

Die beantragte Grundwassernutzung findet in ca. 84 m Tiefe statt. Der Brunnen ist mittels Stahlrohr (DN 1.200) und einer Zementation bis auf eine Tiefe von 46 m gegen Einflüsse von der Erdoberfläche oder von überlagernden Grundwasserleitern abgeschirmt. Der seit 1961 genutzte Brunnen B1 fördert Wasser mit einem Nitratwert von ca. 34 mg/l der Grenzwert der Trinkwasserverordnung ist 50 mg/l. Pflanzenschutzmittel (Desethylatrazin) wurde nachgewiesen, allerdings unter dem Grenzwert von 0,1 µg/l. Zwar wird durch die Grundwasserentnahme die Grundwasserhydraulik dahingehend verändert, dass durch die Ausbildung eines Absenktrichters ein Schadstoffeintrag verstärkt in den genutzten Aquifer verlagert werden kann, jedoch wird dieses dann tiefenverlagerte, belastete Grundwasser durch den Brunnen dann auch wieder dem Grundwassererfüllten Untergrund entnommen. Bei der Beendigung der Grundwasserentnahme wird diese Tiefenverlagerung dann ebenfalls wieder beendet.

Bei der Trinkwassergewinnung werden keinerlei Dünger oder Pflanzenschutzmittel eingesetzt und das Wasser wird nicht wieder in den Grundwasserleiter infiltriert. Auch andere Schadstoffe werden dem Wasser nicht zugesetzt. Die Trinkwasserförderung ist nicht Ursache des schlechten Zustandes des Grundwasserkörpers. Durch die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes kann die negative Beeinflussung des Grundwasserkörpers durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung verringert werden und dies regional zu einer Zustandsverbesserung des Grundwassers führen. Daher ist eine chemische Verschlechterung des Grundwassers im genutzten Grundwasserleiter durch die Grundwasserentnahme nicht zu besorgen.

Aus der allgemeinen Vorprüfung ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die Schutzgüter unter Berücksichtigung der EU-Qualitätsnorm für Nitrat und Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PSM) in der Art und im Umfang des darin zugewiesenen Schutzes mehr belastet werden, dass das zu prüfende Vorhaben im Zusammenspiel mit dieser erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen i. S. v. § 7 Abs. 1 Satz 3 UVPG haben kann.

III. Diese Feststellung ist gemäß § 7 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Sebastian Koch
Regierungsrat

Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg; Nachtragshaushaltssatzung 2019

Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Aichach-Friedberg für das Jahr 2019

Aufgrund des Art. 62 Abs. 1 i. V. m. Art. 57 ff. der Landkreisordnung erlässt der Landkreis Aichach-Friedberg folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1 Haushaltsplan, Wirtschaftspläne

(1) Der Stellenplan wird für den Eigenbetrieb Kliniken an der Paar in der Fassung der Anlage neu festgesetzt.

(2) Der als Anlage beigefügte Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kliniken an der Paar wird festgesetzt; dadurch werden

- für das Krankenhaus Aichach im Erfolgsplan die Erträge von 25.151.050 € auf 22.864.600 € und die Aufwendungen von 29.536.350 € auf 29.282.500 € sowie im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben von 14.445.950 € auf 16.478.550 € verändert,
- für das Krankenhaus Friedberg im Erfolgsplan die Erträge von 35.317.300 € auf 31.796.200 € und die Aufwendungen von 37.557.300 € auf 36.872.800 € sowie im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben von 3.182.200 € auf 6.018.800 € verändert.

§ 2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite für den Eigenbetrieb Kliniken an der Paar wird von 15.000.000 € um 11.000.000 € erhöht und damit auf 26.000.000 € neu festgesetzt.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Aichach, 14. November 2019

Dr. Klaus Metzger
Landrat

- II. Die Regierung von Schwaben hat als Rechtsaufsichtsbehörde diese Satzung nicht beanstandet.
- III. Die Nachtragshaushaltssatzung samt ihren Anlagen liegt bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung beim Landratsamt Aichach-Friedberg, Münchener Str. 9, 86551 Aichach, Zimmer 034, während der Geschäftsstunden öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Aichach, 14. November 2019

Dr. Klaus Metzger
Landrat
